



NEUE HELVETISCHE GESELLSCHAFT
TREFFPUNKT SCHWEIZ
GRUPPE BERN

Veranstaltungsreihe 2018/2019 der NHG Gruppe Bern
Gesellschaft im Wandel: Stresstest für die Demokratie?

3. Veranstaltung

Pariser Klimaziele: Wo steht die Schweiz?

Im Dezember 2015 haben 126 Staaten – unter ihnen die Schweiz – das „Übereinkommen von Paris“ unterzeichnet. Es strebt die Begrenzung der menschengemachten globalen Erwärmung auf deutlich unter 2% gegenüber vorindustriellen Werten an. Ist diese Zielvorgabe realistisch, um das Klima zu stabilisieren – oder müsste sie nach unten korrigiert werden, wie neuste Studien es fordern?

Wo steht die Schweiz drei Jahre nach Paris, ist unser Land auf Kurs? Welche Massnahmen sind sinnvoll, um die Pariser Ziele zu erfüllen? Braucht es mehr staatliche Eingriffe, oder genügen die Eigeninitiativen von Wirtschaft und Privaten? Was ist von den Massnahmen betreffend CO₂-Reduktion zu halten, die das Parlament anfangs Dezember diskutiert und danach zurückgewiesen hat?

Vom Klimaabkommen in Paris zum CO₂-Gesetz

Referat von Dr. Reto Burkard

Chef der Sektion Klimapolitik im Bundesamt für Umwelt BAFU, Teilnehmer an der Klimakonferenz in Paris

Klimapolitik ist notwendig

Der vergangene Hitzesommer hat eindrücklich an die Erwärmung der Erde erinnert, der Rückgang der Gletscher führt uns vor Augen, was sie in den Alpen bewirkt. Die spontanen Demonstrationen anfangs 2019 von Schülern und Schülerinnen in ganz Europa zeigen, dass sich die kommende Generation grosse Sorgen macht. Klimapolitik ist aktuell und notwendig!

Der vom Menschen verursachte Anstieg der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre führt zu einem globalen Temperaturanstieg. Seit Messbeginn (1884) beträgt der durchschnittliche **Temperaturanstieg** in der Schweiz 2°C. *Durch unsere kontinentale Lage bedingt sind weltweite Anstiege für die Schweiz jeweils zu verdoppeln.* Der überdurchschnittliche Anstieg nimmt zu. Seit 1988 lagen 70% der Jahresdurchschnitte über dem langjährigen Mittel, in sechs Jahren sogar bei 2°C und mehr (1994, 2003, 2011, 2014, 2015, 2018).

2016 betrug der **CO₂ – Ausstoss** in der Schweiz 48 Mio Tonnen, das sind 6 t pro Kopf – mit folgenden Anteilen: Verkehr 32%, Gebäude 27%, Industrie 20%, Landwirtschaft 13% und Abfallbeseitigung 8%. Erstaunlich ist, dass der Verkehr nur zu einem Drittel daran beteiligt ist.

Abkommen von Paris von 2015

Ein einzelnes Land kann die Klimaerwärmung nicht aufhalten, sie ist ein globales Problem. Es braucht eine internationale Zusammenarbeit auf der Basis nationaler Anstrengungen. Das Abkommen von Paris gibt folgende Ziele vor:

- Die globale Erwärmung soll auf deutlich unter 2°C sinken, angestrebt werden 1,5°C.
- Netto-Null-Emissionen sind für die zweite Hälfte des Jahrhunderts nötig
- Gegen die negativen Auswirkungen des Klimaanstiegs müssen Strategien und Massnahmen entwickelt werden
- Finanzflüsse sollen klimaverträglich ausgerichtet, u.a. Emissionsverhinderungen unterstützt werden

Dieses Abkommen ist die einzige internationale Vereinbarung, die so rasch zustande gekommen ist. In der Nachfolgekonzferenz 2018 in Katowice wurden Umsetzungsregeln in den Bereichen Berichterstattung, Finanzierung und Transparenz beschlossen, aber keine zum Thema Auslandsmassnahmen (Emissionshandel). Vor allem Brasilien hat das verhindert.

Totalrevision des CO₂ - Gesetzes

Der Fahrplan des Bundesrates zur Einführung dieses Gesetzes war ehrgeizig: am 1.1.2021 sollte es eingeführt werden. Dieser Termin kann nach der Rückweisung im NR nicht eingehalten werden. Der Ständerat soll den Entwurf noch vor den Wahlen in diesem Jahr beraten – eine heikle Vorgabe.

Zielvorgaben für die Eindämmung der Emissionen:

Bis 2020 sollen Einsparungen von 20%, bis 2030 von 50%, ab 2050 eine Klimaneutralität erreicht sein.

Die für 2030 vorgesehene Halbierung soll kontinuierlich erfolgen, zu 60% im Inland und zu 40% mit Zertifikaten im Ausland erreicht werden. Der Einstieg ist gelungen, von 1990 bis 2016 sind die Emissionen um 10% gesunken.

Vorgeschlagene Minderungs-Massnahmen:

Gebäudeprogramme, Technologiefonds, CO₂-Abgabe, Emissionshandel (insbes. Luftverkehr), Kompensationspflicht im In- und Ausland durch Vereinbarungen mit Verkehr, Landwirtschaft und Industrie. Wichtig ist, dass die Kompetenz für die Festlegung der Ziele beim Bundesrat bleibt.

Klimapolitik wirkt

Schweiz	1990	2016	Veränderung
Bevölkerung	6.67 Mio.	8.33 Mio.	+ 25 %
Personenwagen	2.99 Mio.	4.57 Mio	+ 53 %
BIP real	358.5 Mrd. CHF	533 Mrd. CHF	+ 49 %
Wohnfläche (Haushalte + Dienstleistungen)	469 Mio. m ²	2654 Mio. m ²	+ 39 %
Industrieproduktion	100	161	+ 61 %
Treibhausgase	53.6 Mio. t	48.3 Mio. t	-- 10 %

Auffallend ist, dass die „Energie-Bezugsfläche“, d.h. die Quadratmeterzahl pro Einwohner von 1990 bis 2016 um 40% gestiegen, die Emission von Treibhausgasen der Haushalte aber um 25% und der Energiebezug um rund 50% gesunken sind!

Beim Personenverkehr sehen die Zahlen ähnlich aus: Die Anzahl Personen im Verkehr stieg von 1990 bis 2016 um 45%, die Fahrzeugkilometer nahmen um 30% zu, die Emissionen von Treibhausgasen blieben aber gleich, nahmen pro Kilometer im Personenverkehr um 20% ab.

Ein wichtiger Grund sind sicher effizientere Fahrzeuge. Festzuhalten ist zudem, dass für den Erneuerungs-Zyklus für die Mobilität 10 Jahre, für Gebäude aber 30 Jahre angenommen werden.

Fazit

- Das Übereinkommen von Paris bringt die Vision einer „neuen Welt“
- Der Klimawandel birgt grosse Risiken, besonders für nachfolgende Generationen
- Der Klimawandel ist sichtbar
- 2°C global heisst für die Schweiz 4°C Erwärmung
- Nichtstun kostet, weil die Schäden zunehmend grösser werden
- Vermeidung ist am billigsten, aber dazu ist globale Kooperation notwendig
- Als Umsetzung des Abkommens von Paris bietet in der Schweiz die Totalrevision des CO₂- Gesetzes Chancen!

Podiumsdiskussion

- Walter Schilt (**Sch**), SVP, Gemeinderat Vechigen
- Christian Wasserfallen (**Chr**), FDP, Nationalrat, Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie
- Flavia Wasserfallen (**Fla**), SP, Nationalrätin

Moderation

Alec von Graffenried, Stadtpräsident und Präsident der NHG-Regionalgruppe Bern

1. Rückblick auf die Verhandlungen im Nationalrat zum CO₂-Gesetz

- Chr** Die Ablehnung der Vorlage durch den NR war eine emotionale Überreaktion. Das Gebäudeprogramm wäre sogar besser gewesen als die Vorgabe des Bundesrates. Die FDP will eine Reform, aber mit moderaten Mitteln.
- Fla** Das CO₂-Gesetz ist nicht mit andern Gesetzesvorlagen zu vergleichen. Der Klimawandel ist ein globales Problem. Folgende Gründe führten zur Ablehnung: Die SVP will überhaupt kein Gesetz, und die FDP hat die Ziele derart verwässert, dass die SP nicht zustimmen konnte.

Der Moderator stellt fest, dass in der Debatte im NR keine Diskussion um Ursachen stattgefunden hat. Hingegen erlebte er einen allgemeinen Konsens, was die Ziele betrifft.

- Chr** Ich sehe noch immer nicht ein, wieso die Linke den Gesetzesentwurf abgelehnt hat. Die FDP hat in etlichen Punkten andere Meinungen akzeptiert – wieso gab es keinen Kompromiss? Die SP muss manchmal vor sich selber geschützt werden, so mit der Plafonierung des Benzinzuschlags auf 8 Rp. Nur so hätte das Gesetz Chancen in einer Volksabstimmung.
- Fla** Den von Chr erwähnten „Klima-Nationalismus“ lehne ich ab, will aber gerne über Inlandziele reden. Auslandszertifikate können hingegen nicht ohne Qualitätsstandards akzeptiert werden.
- Sch** Die Verhandlungen spielen doch auf verschiedenen Ebenen, es kann nicht nur ums Geld gehen. Man muss eine Güterabwägung machen, die Klimapolitik darf nicht an die Wand gefahren werden. Die Debatte im NR hat noch im „Ponyhof“ stattgefunden, vor allem die 43 Enthaltungen in der Abstimmung im NR sind unverständlich.

Der Moderator fragt die Runde, was von den weiteren Beratungen im Parlament erwartet wird?

- Fla** Der Bundesrat muss nun den Lead übernehmen. Zudem hoffe ich, dass der Ständerat einen ausgeglichenen Gesetzesentwurf zustande bringt.
- Chr** Die Verhandlungen zum CO₂-Gesetz werden als Druckmittel für die Wahlen 2019 eingesetzt, man versucht, eine „Klimawahl“ zu inszenieren. Es besteht die Hoffnung, dass uns Entscheide der Konferenz von Katowice weiter helfen.

2. Meinungen zum kantonalen Energiegesetz (Abstimmung vom 10. Februar)

- Sch** Innerhalb der SVP bin ich ein Exot, weil ich für das Energiegesetz eintrete. Die Gegenpropaganda erlebe ich als Angstmacherei. Wir müssen bereit sein, etwas zu geben für die Klimaverbesserung (z.B. Begrenzung der Ölheizungen), wir müssen Verantwortung übernehmen.
- Fla** Es ist uns gelungen, im Grossen Rat mit dem neuen Gesetz einen guten Kompromiss auszuhandeln, die Wirtschaftlichkeit der Vorgaben wurde berücksichtigt. Deshalb habe ich kein Verständnis dafür, dass das Referendum ergriffen worden ist.
- Chr** Die FDP ist ganz klar gegen dieses Gesetz, sogar der Mieterverband stellte Fragen dazu (gab aber die Ja-Parole heraus). Der „Gebäude-Energiezustandsbericht“ allein ist ein Papier, der bringt noch nichts. Die Auflagen für Sanierung sind viel zu hoch und zu teuer.
- Sch** Sogar wenn wir unseren Standard herunterfahren müssten, bin ich für die Annahme des Gesetzes.

„Untätigkeit ist angesichts der Klimaerwärmung keine Option. Das kantonale Energiegesetz ist ein kleiner, aber sinnvoller Schritt weg vom Öl.“ (Lead in Leitartikel des BUND vom 26.1.19)